

Französisches Aide-mémoire über die zukünftige wirtschaftliche und finanzielle Organisation des Ruhrgebietes (1945)

Legende: In diesem anonymen Vermerk untersuchen die Behörden im französischen Außenministerium am Quai d'Orsay die politischen Motive und die wirtschaftlichen Konsequenzen der Einrichtung einer internationalen Kontrollbehörde im Ruhrgebiet.

Quelle: Fondation Jean Monnet pour l'Europe, [s.l.]. Archives Jean Monnet. Fonds AME. 58/1/14.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/franzosisches_aide_memoire_uber_die_zukunfftige_wirtschaftliche_und_finanzielle_organisation_des_ruhrgebietes_1945-de-be1b14b1-b622-4c40-9ebe-df9c7ea61676.html



Publication date: 05/07/2016

Französisches Aide-mémoire zum künftigen Wirtschafts- und Finanzregime des Ruhrgebietes (1945)

1. — Mit dem vorliegenden Aide-mémoire soll ein vorläufiger Bericht über die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Einführung eines internationalen Regimes im Ruhrgebiet geliefert werden, wie es derzeit von der französischen Regierung befürwortet wird (Aide-mémoire des französischen Botschafters in London vom 31. August 1945 und Bericht vom 12. Oktober 1945 über das Rheinland und das Ruhrgebiet).

2. — Zunächst muss unterstrichen werden, dass die Bestrebungen der französischen Regierung, das Ruhrgebiet von Deutschland zu trennen und es einer getrennten internationalen Kontrolle zu unterstellen, vor allem auf den Wunsch nach Sicherheit und nicht auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sind. Die Bedeutung dieser Lösung für die künftige Sicherheit Europas tritt deutlich zu Tage, wenn man sich daran erinnert, dass angesichts der Gebietsverluste im Osten und der Angliederung des Saarlandes an das französische Zollgebiet, Deutschland mit der Abtrennung des westfälischen Kohlenreviers den größten Teil seiner Ressourcen verlieren würde, die notwendig wären, um erneut Krieg zu führen, das heißt mehr als

- 95 % der Kohle,
- 78 % des Roheisens,
- 80 % des Stahls,
- 78 % des Walzstahls,

gemessen an den Vorkriegsmengen im Reich.

3. — Die französische Regierung ist dennoch der Ansicht, dass diese Abtrennung, die aus politischer Sicht von grundlegender Bedeutung ist, ungeachtet der anfänglichen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, die sich ergeben könnten, ein wichtiger Faktor für den Wiederaufbau Europas und seines Wohlstandes sein könnten. Das vorliegende Aide-mémoire enthält nur eine allgemeine Darstellung dieser These. Es ist schwierig, die statistischen Daten über die Produktion im Rheinland und in Westfalen zu bekommen, aber unserer Ansicht nach würden die zusätzlichen Informationen, die es noch zu recherchieren gilt, die Ergebnisse dieser ersten Studie nicht mehr ändern.

4. — Um die offenen Fragen zu beantworten, sollten unserer Überzeugung nach die Auswirkungen des künftigen politischen Status des Ruhrgebiets auf folgenden Gebieten untersucht werden:

I. — Programm zur wirtschaftlichen Abrüstung des Ruhrgebietes und Zukunft der Industriezweige.

II. — Zukünftige Eigentumsverhältnisse im Ruhrgebiet.

III. — Frage der Arbeitskräfte

IV. — Zoll- und Militärregime und Einfluss der angedachten Lösung auf die wirtschaftliche Lage verschiedener anderer Länder, insbesondere Deutschlands.

I. — Programm zur wirtschaftlichen Abrüstung des Ruhrgebietes und Zukunft der wichtigsten Industriezweige.

5. — Die Tatsache, dass das Ruhrgebiet der Kontrolle des Reichs entzogen werden soll, bedeutet nicht, dass die Regeln zur wirtschaftlichen Abrüstung, die für Deutschland gelten, in diesem Gebiet nicht zur Anwendung kommen. Im Ruhrgebiet müssen genau wie in Mitteldeutschland die Kriegsindustrien vollständig verschwinden.

6. — Diese Lösung bedeutet keineswegs, dass das Ruhrgebiet seine sämtlichen Industrien verlieren soll. Es gibt wichtige Unternehmen der weiterverarbeitenden Industrie, die in Friedenszeiten nützlich sind und die

bewahrt werden müssen. Bestimmte Produktionen, die sich derzeit in Mitteldeutschland befinden, könnten unter interalliiertem Kontrolle ins Ruhrgebiet verlagert werden. Die wirtschaftlichen Beziehungen, die zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland bestanden, werden natürlich nicht vollständig abgebrochen. Aber indem wir Deutschland von einigen wichtigen Erzeugnissen eines von den Alliierten regierten Ruhrgebiets abhängig machen, werden wir zur wirtschaftlichen Abrüstung des Reichs beitragen. Gleichzeitig könnte und müsste die internationale Ruhr-Regierung die Binnenproduktion so gestalten, dass das Gebiet keinen Störfaktor für die Suche der Nachbarwirtschaften nach externen Absatzmärkten darstellt.

In diesem Sinne sollte untersucht werden, wie die Eisen- und Stahlindustrie, der Maschinenbau, die Kohleförderung, die Energieerzeugung, die Chemieindustrie und diverse andere Sektoren im Ruhrgebiet entwickelt werden sollten.

A) Eisen- und Stahlindustrie und Maschinenbau.

7. — Erste massive Einschnitte wird es bei der Produktion der Stahl- und der Maschinenbauindustrie des Ruhrgebietes geben, in Anwendung des Grundsatzes zur Abschaffung jeglicher Kriegsproduktion; das beinhaltet den Transfer zu Reparationszwecken oder die Zerstörung aller Anlagen zur Eisenschmiede oder zum Tiefziehen sowie der Grobwalzwerke für Panzerungen und große Rundstähle, der Werkstätten zur Kanonenherstellung und der Flugzeugmotorenwerke etc.; dadurch werden die Produktionsmittel für Roheisen und Stahl entsprechend reduziert. Die Qualitäts-Elektrostähle werden vor allem von den Armeen benötigt, deshalb werden die Elektrostahlwerke im Ruhrgebiet abgebaut werden müssen. Ein Teil der Maschinen könnte als Reparationszahlung nutzbringend in die alliierten Länder verbracht werden; das Gleiche gilt für die Maschinenwerkzeugindustrie.

8. — Es könnten nur die Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie und des Maschinenbaus im Ruhrgebiet bleiben, die einer Wirtschaft des Friedens nützen könnten.

In diesem Zusammenhang wird das Ruhrgebiet in einem noch zu bestimmenden Maße von der französischen Industrie in Lothringen mit Halbfabrikaten der Eisen- und Stahlindustrie beliefert werden, als Gegenleistung für die Lieferung von Koksfeinkohle oder Koks. Daraus wird sich eine Senkung der Produktion von Roheisen und Stahl im Ruhrgebiet ergeben, dessen Aktivitäten sich mehr auf das Walzen und die Herstellung von Produkten mit einem höheren Weiterverarbeitungsgrad konzentrieren werden.

Die deutsche Eisen- und Stahlproduktion und die französisch-belgisch-luxemburgischen Produktionen werden weiter eng miteinander verbunden bleiben, aber die Roheisen- und Stahlproduktion der Alliierten wird zu Lasten des Ruhrgebiets erhöht werden. Anstatt das französische Eisenerz nach Deutschland zu exportieren, würden wir das Koks und Koksfeinkohle nach Lothringen importieren. Lothringen wird somit der weiterverarbeitenden Industrie im Ruhrgebiet Stahl zur Herstellung und zum Export von Fertigerzeugnissen liefern. Diese Exporte können in die ganze Welt gehen, insbesondere aber nach Deutschland und Osteuropa.

9. — Ist die Waffenproduktion erst einmal abgeschafft, können wir schließlich die Eisen- und Stahlunternehmen und die Maschinenbauindustrie im Ruhrgebiet substanziell verringern; endgültige Zahlen können erst nach einer weiter führenden Studie geliefert werden. Ihre Wiederherstellung wird übrigens von der Senkung der Industriekapazität von Restdeutschland, dem Hauptabnehmer des Ruhrgebietes, abhängen. Eine erste Prüfung hat die französische Behörde zu der Annahme veranlasst, dass eine Produktionsquote für Deutschland und das Ruhrgebiet von 6 Millionen Tonnen jährlich (außer Saarland und Schlesien) ausreichend wäre, um den normalen Bedarf Deutschlands zu decken und einen gewissen Export von Walzerzeugnissen zu gewährleisten. Die Umverteilung zwischen der Eisen- und Stahlherstellung des Ruhrgebiets und Deutschlands muss in einem späteren Gutachten genauer untersucht werden. Außerdem könnte angesichts der Schwierigkeiten, den Stahlbedarf Europas während des Wiederaufbaus heute zu beziffern, dem Ruhrgebiet normalerweise eine Sicherheitsmarge von 2 Millionen Tonnen als Reserve zugestanden werden.

Die Erzversorgung Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet muss zunächst durch deutsches Erz und dann

durch lothringisches Erz erfolgen. Diese Erze müssen den Bedarf des Ruhrgebiets so weit wie möglich decken; der Rest wird aus Importen aus Schweden und Nordafrika bestritten werden. Da die Erze über den Rhein antransportiert werden, können die Mengen leicht kontrolliert werden.

B) Kohleförderung

10. — Der Kohleabbau im Ruhrgebiet sollte beibehalten und so weit wie möglich entwickelt werden. Die Förderung erreichte 120 Millionen Tonnen jährlich im Jahr 1943. Im Jahr 1937 lag sie bei lediglich 100 Millionen Tonnen, wovon 60 für Deutschland und 40 für den Export bestimmt waren; zwei Drittel der Export gingen in die Ländern Westeuropas (Frankreich: 12 bis 15 Millionen, Belgien, Niederlande, der Rest nach Italien, in die Schweiz und nach Skandinavien).

11. — Der Bedarf des Ruhrgebietes und Deutschlands wird zwangsläufig stark zurückgehen. Die Mengen für Frankreich sowie Belgien, die Niederlande und Italien werden beträchtlich gesteigert werden können. Dabei würde es sich im Wesentlichen um Koksfeinkohle und Koks handeln. Aufgrund der Produktionssenkungen in Großbritannien muss in den nächsten Jahren mit einem Rückgang unserer Exporte aus England gerechnet werden ⁽¹⁾.

Frankreich ist außerdem bestrebt, weniger Koks als Koksfeinkohle einzuführen, sodass seine Wirtschaft das Gas und die Nebenerzeugnisse der Kohleverkokung nutzen kann.

Die Kohleindustrie würde im Ruhrgebiet also ein wichtiger Wirtschaftsfaktor bleiben und weiter den größten Teil der 250 000 Arbeiter und Angestellten beschäftigen, die vor dem Krieg in diesem Sektor arbeiteten.

C) Energieerzeugung.

12. — Das Ruhrgebiet ist ein wichtiger Energieerzeuger: Strom wird in Gas- und Kohlekraftwerken hergestellt, Gas entsteht in den Kokereien und Hochöfen. Das Ruhrgebiet exportiert beides weit über seine Grenzen hinaus.

13. — Aufgrund der oben vorgeschlagenen Maßnahmen (Senkung der Koks- und Roheisenerzeugung) wird die Energieerzeugung automatisch beträchtlich zurückgehen. Wir sind der Meinung, dass keine zusätzlichen Maßnahmen zur weiteren Senkung der Energieerzeugung im Ruhrgebiet ergriffen werden sollten.

14. — Außerdem wäre es sehr wünschenswert, Energielieferungen aus dem Ruhrgebiet in die Länder im Westen zu organisieren, nach Frankreich, Belgien und Holland; und zwar durch den Bau von Gasfernleitungen und insbesondere von Hochspannungsstromleitungen.

D) Chemische Industrie.

15. — Die chemische Industrie des Ruhrgebietes wird denselben allgemeinen Regeln zur Zerschlagung, zum Transfer und zur Kontrolle unterliegen, die auch für das restliche Deutschland gelten. Zunächst werden alle kriegswichtigen Produktionen abgebaut werden, und in erster Linie die Herstellung von synthetischem Benzin.

16. — In der restlichen chemischen Industrie wird es aufgrund der Schließung der Kokereien automatisch zu gewissen Senkungen kommen. Generell wird versucht, die Steinkohle entsprechend den oben dargelegten allgemeinen Regeln zu exportieren, anstatt sie vor Ort zu lassen, und so nachgeordnete Unternehmen zuzulassen.

17. — Eine beschränkte chemische Industrie, deren Absatzmärkte zur Deckung des Friedensbedarfs sich hauptsächlich in Deutschland befinden, wird im Ruhrgebiet bestehen bleiben müssen (insbesondere Unternehmen zur Herstellung von Stickstoff und Stickstoffdünger für die deutsche Landwirtschaft).

E) Verschiedene Industriezweige.

18. — Aluminium — Die französischen Richtlinien sehen die vollständige Abschaffung der Aluminiumherstellung in Deutschland vor. Im Ruhrgebiet existiert in der Nähe von Lünen ein großes Werk für Tonerde (90 000 Tonnen) und Aluminium (45 000 Tonnen), das wirtschaftlich arbeitet. Sollte eine beschränkte Aluminium-Herstellung in Deutschland gewahrt bleiben (beispielsweise 25 000 Tonnen jährlich), könnte man sich vorstellen, die gesamte Herstellung auf das Werk in Lünen zu konzentrieren. Die Kontrolle wäre besser zu bewerkstelligen, als wenn mehrere Anlagen mitten in Deutschland zugelassen würden.

19. — Die anderen Industriezweige des Ruhrgebietes müssen am Leben erhalten werden, deren Produkte dem Bedarf in Friedenszeiten entspricht: Textil-, Leder-, Lebensmittelindustrie etc. Neben dem lokalen Verbrauch würden diesen Werken Absatzmärkte vor allem in Deutschland und Mittel- und Osteuropa verschafft werden. Bei der Herstellung dieser Handelsströme müssen natürlich die legitimen Interessen der Alliierten Nationen berücksichtigt werden.

II — Zukünftige Eigentumsverhältnisse im Ruhrgebiet.

20. — Nimmt man an, dass das Ruhrgebiet industrialisiert ist, dass die internationale Behörde die Industrien in diesem Gebiet in der oben dargestellten Art gestalten, stellt sich die Frage nach dem Status der Unternehmen im Ruhrgebiet. Es ist ausgeschlossen, dass die Bergwerke in den Händen ihrer derzeitigen Besitzer verbleiben. Aufgrund politischer Gründe und Überlegungen der Sicherheit wäre es notwendig, die derzeitige Führungsriege der Schwerindustrie zu enteignen. Diese Politik erfordert die Übernahme der Unternehmen durch neues Führungspersonal oder zumindest eine strenge Kontrolle. Sie stellt allen Alliierten Nationen, die an der internationalen Regierung beteiligt werden sollen, die Frage nach dem Personal. Die betroffenen Nationen werden offensichtlich so bald wie möglich darüber nachdenken, das notwendige Führungspersonal einzustellen, die Fachmitarbeiter können unter den deutschen Mitarbeitern gefunden werden.

21. — Eine reine Enteignung scheint tatsächlich die einzige Lösung zu sein. Sie würde zu einem klaren Bruch aller finanziellen Verbindungen führen, die derzeit zwischen der Industrie des Ruhrgebietes und den Finanzplätzen in Köln und vor allem in Frankfurt existieren.

22. — Wer wird unter diesen Umständen die so freigesetzten Eigentumsrechte im Ruhrgebiet übernehmen? Wir sollten keine Privatinteressen zulassen. Als beste Lösung bietet sich die Übernahme der Industrieaktivitäten durch internationale Konsortien an, deren Anteile den mit der Verwaltung betrauten Staaten gehören würden. Diese Staaten müssten das Konsortium versorgen, falls die Möglichkeiten der enteigneten Unternehmen nicht für das notwendige Umlaufvermögen ausreichen. Die erzielten Gewinne, die nicht erneut in die Unternehmen investiert würden, würden unter den Alliierten Nationen aufgeteilt und auf die deutschen Reparationszahlungen angerechnet oder für andere Zwecke gebraucht werden (vor allem zur Bezahlung der für Deutschland notwendigen Importe).

III — Frage der Arbeitskräfte

23. — Wir müssen die Konsequenzen einer solchen Internationalisierung des Ruhrgebietes auf die demographische Situation und insbesondere auf die Arbeitskräfte gesondert betrachten. Es ist offensichtlich, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen ganz allgemein zu einem sinkenden Bedarf an Arbeitskräften im Ruhrgebiet führen werden.

24. — Es ist jedoch anzunehmen, dass die Arbeiterbevölkerung sich angesichts des sinkenden Bedarfs sich des Ruhrgebiets durch die Abwanderung aller dort lebenden Ausländer verringern wird. Vor dem Krieg gab es im Ruhrgebiet zahlreiche polnische Arbeiter, die zweifelsohne in ihr Heimatland zurückkehren wollen. Seit dem Krieg hatte die Nazi-Regierung eine sehr große Zahl von ausländischen Zwangsarbeitern (Franzosen, Niederländer, Polen, Ukrainer, Belgier, Italiener) ins Ruhrgebiet geholt. Einigen Statistiken zufolge betrug der Ausländeranteil im Jahr 1943 60 %; diese Arbeiter verlassen natürlich derzeit

Deutschland.

25. — Bleibt zu fragen, wie die deutschen Arbeitskräfte, die im Ruhrgebiet bleiben werden, sich an die neue Arbeit, die man ihnen zuteilen wird, gewöhnen werden. Es ist unmöglich, das vorherzusagen.

Im Lichte der vorangegangenen Beobachtungen kann man jedoch davon ausgehen, dass die Bevölkerungsbewegungen im Ruhrgebiet erheblich sein werden und dass dadurch keine wesentlichen Störungen zu erwarten sind. Es ist davon auszugehen, dass die Bewegungen nicht anders sein werden als die, die stattgefunden hätten, wenn das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands geblieben wäre.

IV — Zoll- und Militärregime und Auswirkungen der angedachten Lösung auf die wirtschaftliche Lage verschiedener anderer Länder, insbesondere Deutschlands

26. — Es ist natürlich schwierig, genau vorherzusagen, wie das Zoll- und Militärregime des Ruhrgebietes aussehen wird und welche Konsequenzen seine Internationalisierung auf den internationalen Handel haben wird. Der Mangel an neuen Informationen und Statistiken zur Produktion in Deutschland lässt nur die Formulierung von Hypothesen zu.

27. — Es sei jedoch daran erinnert, dass die von der französischen Regierung bevorzugte Lösung vor allem dem Anliegen der zukünftigen Sicherheit entspringt. Man wird immer mittels Zahlen zeigen können, dass sie wirtschaftlich wenig rationell ist. Man kann sagen, dass in Europa keine neue Zolleinheit geschaffen werden sollte, während wir eigentlich die freien Wirtschaftsräume ausdehnen sollten. Man könnte sogar sagen, dass die beste Lösung aus Sicht der Wirtschaftsexperten die Bildung des Großen Reiches wäre. Dem muss man entgegenhalten, dass die französische Regierung ihre Auffassung keinesfalls mit Betrachtungen wirtschaftlicher Art zu rechtfertigen gedenkt.

28. — Die Volkswirtschaften passen sich zwangsläufig an die von der Politik vorgegebenen territorialen Lösungen an. Aber im vorliegenden Fall scheint es uns, als entspreche die von uns angedachte Lösung nicht nur den grundlegenden Sicherheitsbedürfnissen, sondern als könne sie auch ein wichtiger Faktor zum Wiederaufbau Europas und seines Wohlstandes sein.

29. — Es handelt sich nicht zuerst darum, Zollschranken an den Grenzen des Ruhrgebietes zu errichten. Eine Zollgrenze würde ganz natürlich zwischen dem Ruhrgebiet und den angrenzenden Regionen entstehen, aber Gegenstand dieser Maßnahme wäre in erster Linie, der Internationalen Kommission die Kontrolle über die tatsächliche Durchführung der von ihr beschlossenen Maßnahmen zu ermöglichen.

30. — Die wirtschaftliche und politische Abspaltung des Ruhrgebiets setzt die Einführung einer neuen Währung voraus. Eine Notenbank wird dazu eingerichtet werden müssen. Die benötigten Mittel wird sie problemlos aus dem Überschuss der Zahlungsbilanz bestreiten können.

31. — Hier gilt es, auf einen Einspruch zu reagieren, den insbesondere Großbritannien gegen die Abtrennung des Ruhrgebiets vorgebracht hat. Es wurde gesagt, diese Lösung würde das ehemalige Reich um den Großteil seiner Ressourcen bringen und somit in der Mitte Europas eine Bevölkerung in der Größenordnung von 50 Millionen Menschen in einem Dauerzustand der Notlage lassen, so dass die ständigen Gründe für Unruhen und eine Bedrohung für den Frieden Europas bestehen blieben. Die Internationalisierung des Ruhrgebiets würde in Deutschland wirklich zunächst zu einem beträchtlichen wirtschaftlichen Ungleichgewicht führen, das die Schwierigkeiten aufgrund der Annexion Schlesiens durch Polen nur noch verschlimmern würde.

Die deutschen Ausfuhren von Kohle, Koks, Eisen- und Stahlerzeugnissen, fertigen und halbverarbeiteten Metallerzeugnissen sowie von Textilwaren und chemischen Erzeugnissen würden in erheblichem Maße sinken. Deutschlands Einfuhren könnten zweifelsohne gesenkt werden, aufgrund der Tatsache, dass es keinen Rüstungsbedarf mehr gibt. Aber auch wenn die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland auf ein Maximum getrieben wird, muss doch immer noch die Notwendigkeit vorgesehen werden, große Mengen Lebensmittel im Ausland zu kaufen. Im Jahr 1937 importiert ein Deutschland mit 60 Millionen Einwohnern

Getreide im Wert von 427 Millionen Mark und Fleisch, Vieh, Milchprodukte, Ölfrüchte, Kaffee, Tee etc. im Wert von 940 Millionen Mark. Ein Deutschland mit 50 Millionen Einwohnern wird demnach weiterhin große Mengen Lebensmittel einführen müssen.

32. — Daher ist es sicher, dass in der Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, das neue Deutschland große Schwierigkeiten beim Ausgleich seiner Zahlungsbilanz haben wird. Wie könnte dieses Defizit ausgeglichen werden?

a) Zunächst ist zu bemerken, dass die Abspaltung des Ruhrgebiets und des Saarlandes Bevölkerungsteile von Deutschland trennen wird, die, da sie ausschließlich in der Industrie tätig sind, nicht zu seiner Ernährung beitragen.

b) Die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland muss in jedem Fall mit allen Mitteln auf ein Maximum gebracht werden.

c) Deutschland wird weiterhin über wichtige Industrien verfügen, denn es behält Gebiete wie Sachsen, Thüringen, Berlin, Hamburg, Hannover, Kassel ...

d) Die Ressourcen Deutschlands werden ausschließlich für seine friedlichen Bedürfnisse verwandt werden und nicht länger für den Kauf von Rohstoffen oder Produkten von militärischem Interesse.

e) Die demographische Situation Deutschlands ist derzeit durch außerordentliche Umstände gestört. Diese Situation kann nicht als Element zur Bewertung einer langfristigen Lösung herangezogen werden. Es müssen Maßnahmen zur Beseitigung dieser Umstände ergriffen werden, insbesondere durch die Anwendung einer Auswanderungspolitik.

33. — Alle diese Maßnahmen werden jedoch nicht ausreichen, damit das neue Deutschland ohne Hilfe von außen existieren kann. Aber die vorgeschlagenen Gebietslösungen werden das Problem in keinsten Weise verschlimmern, denn nichts hält uns davon ab, den Überschuss der Zahlungsbilanz des Ruhrgebiets für Dinge zu nutzen, für die er innerhalb der ehemaligen Grenzen des Reichs genutzt worden wäre. Der Devisenüberschuss, der sich aus dem Außenhandel des Ruhrgebiets ergeben wird, könnte, falls die zuständigen Mächte dem zustimmen, entweder für Reparationen oder zur Deckung eines Teils der Außeneinkäufe Deutschlands genutzt werden, die nach Ansicht des Interalliierten Kontrollrates unverzichtbar wären.

34. — Die vorangegangenen Überlegungen sind ausreichend, um die wesentlichen Merkmale des Gebiets festzulegen, das von Deutschland abgespalten und einem internationalen Regime unterstellt werden soll. Dieses Gebiet wird die meisten der Unternehmen und Bergwerke umfassen, deren Produktion kontrolliert werden muss. Um die Schwierigkeit des zu lösenden Problems nicht weiter zu erhöhen, sollte die kleinstmögliche Fläche, die den oben genannten Bedingungen entspricht, definiert werden.

Die auf der Karte gezogenen Grenzen würden eine zufrieden stellende Lösung für das politische Problem bieten, dessen wirtschaftliche Konsequenzen mit diesem Aide-mémoire grob umrissen werden sollten.

(1) Es ist anzumerken, dass die englischen Lieferungen vor allem Magerkohle betreffen. Die gestiegenen Einfuhren von Koks und Koksfeinkohle aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich entsprechen der Produktionssteigerung unserer Eisen- und Stahlindustrie und sollten deswegen die britischen Exporteure nicht beunruhigen, falls sie eines Tages in der Lage sein sollten, ihre Auslandsverkäufe in großem Umfang wiederherzustellen.